

REGIERUNGSRAT

1. März 2017

Eigentümerstrategie zur Fachhochschule Nordwestschweiz

1. Ausgangslage

Die vorliegende Eigentümerstrategie legt die strategischen Interessen des Eigentümers Kanton Aargau dar. Der Regierungsrat verfolgt mit den Beteiligungen nachhaltige und langfristige Ziele. Die vorliegende Strategie hat einen Zielhorizont von vier Jahren. Die Eigentümerziele definieren die Erwartungen des Regierungsrats an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) im Rahmen des Leistungsauftrags. Die Stossrichtungen umfassen das beabsichtigte Vorgehen des Kantons mit der Beteiligung.

Gemäss Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung vom 3. Juli 2007 (SAR 427.300) engagiert sich der Kanton Aargau in der Hochschulförderung mit dem Ziel, den Wissens- und Wirtschaftsstandort kantonal, regional und gesamtschweizerisch zu stärken. Er arbeitet zu diesem Zweck mit anderen Kantonen und mit Dritten zusammen und kann Hochschulen aufgrund von Leistungsvereinbarungen finanzielle Beiträge ausrichten und die erforderlichen Infrastrukturen bereitstellen.

Zentrales Instrument zur Erfüllung dieses Auftrags ist die Beteiligung an der FHNW. Mit dieser Beteiligung steuert der Kanton das Angebot von praxisbezogenen Hochschulausbildungen und den Wissens- und Technologietransfer in der Nordwestschweiz.

Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn haben 2006 die Zusammenführung aller Fachhochschulen in der Nordwestschweiz unter eine gemeinsame Trägerschaft beschlossen. Damals führten die vier Trägerkantone ihre bestehenden Fachhochschulen auf Basis des Staatsvertrags über die FHNW zusammen. Die FHNW ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Brugg-Windisch. Sie umfasst die neun Hochschulen Angewandte Psychologie, Architektur, Bau und Geomatik, Gestaltung und Kunst, Life Sciences, Musik, Pädagogik, Soziale Arbeit, Technik sowie Wirtschaft.

Die fachliche Ausrichtung und die Finanzierung der FHNW werden nicht im Staatsvertrag, sondern in einem in der Regel dreijährigen Leistungsauftrag samt Globalbeitrag festgelegt, welcher durch die Kantonsparlamente genehmigt wird. Mit dem Leistungsauftrag steuern die Trägerkantone die Entwicklung der FHNW über Zielvorgaben und überprüfen deren Einhaltung anhand von Indikatoren. Mit dem Leistungsauftrag haben die Parlamente der vier Kantone ihre Eigentümerstrategie gemeinsam definiert. Daher kann die vorliegende Eigentümerstrategie zur FHNW des Regierungsrats des Kantons Aargau nicht viel Zusätzliches regeln als der jeweils gültige Leistungsauftrag vorgibt.

Kerngeschäft der FHNW ist die Ausbildung in den Bachelor- und Masterstudiengängen, die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Weiterbildungsangebote und Dienstleistungen. Die FHNW versteht sich mit ihren Angeboten und Leistungen in Ausbildung, anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Dienstleistung als wichtige Partnerin für Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.

2. Umfeld und Entwicklung des Hochschulwesens

Das schweizerische Hochschulwesen gliedert sich in einen Tertiärbereich A, zu dem die universitären Hochschulen (Universitäten der Kantone und die eidgenössischen technischen Hochschulen ETH), die Fachhochschulen und die pädagogischen Hochschulen gezählt werden, und in einen Tertiärbereich B mit der höheren Berufsbildung. 62 % der 234'000 Studierenden des Tertiärbereichs A waren im Jahr 2014/15 an universitären Hochschulen, 30 % an Fachhochschulen und 8 % an pädagogischen Hochschulen eingeschrieben. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Personen, welche an den Hochschulen Weiterbildungen belegen.¹

Die Quote der aktiven Bevölkerung in der Schweiz mit einem Hochschulabschluss stieg von 12 % im Jahr 2000 auf 33 % im Jahr 2014. Ursachen dafür sind der steigende Anteil an Personen eines Altersjahrgangs mit abgeschlossenem Hochschulstudium, die Verschiebung von Ausbildungen der Sekundarstufe II auf die Hochschulstufe, die Einwanderung gut ausgebildeter Personen und eine erhöhte Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Arbeitskräften mit einem Abschluss auf Tertiärstufe. Das Bundesamt für Statistik geht davon aus, dass sich das Bildungsniveau weiter erhöhen wird. Gemäss dem Referenzszenario wird der Anteil der aktiven Bevölkerung mit Tertiärausbildung auf 50 % im Jahr 2025 ansteigen und im Jahr 2045 60 % erreichen.

In der Schweiz bestehen derzeit sieben öffentliche und zwei private Fachhochschulen sowie sieben Pädagogische Hochschulen mit anerkanntem Diplom der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die einzelnen Hochschulen setzen sich häufig aus mehreren geografisch verstreuten Teilschulen zusammen. Die Fachhochschulen zusammen bildeten im Jahr 2015/16 gemäss Daten des Bundesamts für Statistik 73'000 Studierende (ohne Studierende der Pädagogischen Hochschulen) aus. Die FHNW ist mit 11'300 Studierenden (mit den Studierenden der Pädagogischen Hochschule) die drittgrösste Fachhochschule der Schweiz. Zusätzlich belegten an der FHNW 51'000 Personen Fachseminare, Tagungen oder MAS-, DAS- und CAS-Diplomkurse.

Seit ihrer Einführung im Jahr 1998 wuchsen die Fachhochschulen stark; allein seit 2000/01 bis 2015/16 hat sich die Studierendenzahl (inklusive Pädagogische Hochschulen) fast vervierfacht; dies gilt auch für die FHNW. Dies ist neben der Eingliederung neuer Fachbereiche auf die steigende Zahl der Berufsmaturitäten und Fachmaturitäten sowie auf höhere Übertrittsquoten in die Fachhochschulen nach der Berufsmaturität zurückzuführen. Ausserdem hat die Schaffung der Masterstufe ab 2008 zu einem zusätzlichen Anstieg der Studierendenzahlen geführt.

Bund und Kantone tragen die Verantwortung für den Hochschulbereich gemeinsam und beteiligen sich an der Finanzierung. Die öffentlichen Bildungsausgaben für alle Hochschulen betragen rund 7,6 Milliarden Franken pro Jahr. Davon entfallen 70 % auf die universitären Hochschulen und der Rest auf die Fachhochschulen und die pädagogischen Hochschulen. Die Träger übernehmen den Hauptteil der Ausgaben. Bei den ETH ist das vollständig der Bund. Bei den Universitäten, den Fachhochschulen und den pädagogischen Hochschulen sind es die Kantone, welche 86 % der Gesamtausgaben für alle Hochschulen tragen.

Der Aufwand für alle sieben öffentlichen Fachhochschulen (ohne pädagogische Hochschulen) hat zwischen 2010–2015 um 19 % zugenommen; der Aufwand der FHNW (ohne pädagogische Hochschule) stieg um 18 %. Der Gesamtaufwand der FHNW betrug im Jahr 2015 458,7 Millionen Franken. Der Kanton Aargau hat im Jahr 2015 als Trägerbeitrag 80,5 Millionen Franken beigetragen (+ 3 % gegenüber 2010).

Derzeit besteht für die FHNW der Leistungsauftrag 2015–2017. Er bildet den strategischen und finanziellen Rahmen für die vierte Leistungsauftragsperiode. Der in der Leistungsauftragsperiode 2015–2017 beschlossene Globalbeitrag beträgt für die drei Jahre insgesamt 683 Millionen Franken plus 15 Millionen Franken, die durch die Reserven der FHNW finanziert werden. Der Kanton Aargau

¹ Personen, welche ein MAS als Weiterbildung belegen, sind in den Zahlen enthalten.

finanziert gemäss Lastenverteilungsschlüssel 35,9 % der Trägerbeiträge. Dem kantonsspezifischen Aufwand von 245 Millionen Franken stehen für die Jahre 2015–2017 43 Millionen Franken in Form von Mieterträgen gegenüber, welche die FHNW dem Kanton Aargau für die von ihr gemieteten Liegenschaften im Campus Brugg-Windisch entrichtet.

3. Ziele und Indikatoren

Eigentümerziele	Messindikatoren	Berichterstattung
1. Hochschulpolitische Ziele		
Erfüllung der Vertragspflichten aus dem Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die FHNW vom 9. November 2004		
Erfüllung des Leistungsauftrags mit den Trägerkantonen	gemäss Leistungsauftrag	Berichterstattung zum Leistungsauftrag, Jahresrechnung, Statistiken und Monitoring an die Kantonsparlamente
2. Finanzielle Ziele		
Langfristiger Werterhalt der FHNW unter Berücksichtigung der weiteren finanziellen Ziele	verbale Berichterstattung	Berichterstattung zum Leistungsauftrag und Jahresrechnung an die Kantonsparlamente
3. Ziele zur Zusammenarbeit		
Die FHNW ist eine nach modernen Grundsätzen geführte öffentliche Institution. Sie hält die allgemein anerkannten Richtlinien zur Public Corporate Governance ein.	verbale Berichterstattung	Berichterstattung zum Leistungsauftrag an die Kantonsparlamente

4. Stossrichtungen

Stossrichtungen	Berichterstattung
Beibehalten der Beteiligung	-